Die digitale Landesbibliothek Oberösterreich

oö landes bibliothek

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:
Director: Mag. Renate Plöchl
Deputy director: Mag. Julian Sagmeister
Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek
Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:
Email: landesbibliothek(at)ooe.gv.at
Telephone: +43(732) 7720-53100

5. Antrag der Ortsgruppen Altmünster, Enns, Frankenmarkt und Gmunden: Der Verbandstag beschließe: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, bei der J.-E.-K. dahin zu wirken, daß die Ansprüche auf Heilbehandlung, Krankengeld, ebenso eingebrachte Rekurse, beschleunigt erledigt werden.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Antrag der Ortsgruppe Gmunden: Der Verbandstag beschließe: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, Einfluß zu nehmen, damit den Fürsorgeämtern bei den Bezirkshauptmannschaften größere Beträge für die Auszahlung von Krankengeldvorschüssen zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Antrag der Ortsgruppen Redl-Zipf und Kleinmünchen: Der Verbandstag beschließe: Den Verbandsvorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Ansprüche auf Herstellung von Prothesen und orthopädischen Behelfen sowie Reparaturen an solchen raschestens erledigt werden, daß weiter bei vorhandener Notwendigkeit eine dritte Prothese, ein dritter orthopädischer Behelf bewilligt wird. Prothesenträger sollen über Verlangen Halbschuhe erhalten.

Der Antrag wurde angenommen.

8. Antrag der Ortsgruppe Braunau: Der Verbandstag beschließe: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß von den Kriegsbeschädigten bereits bezahlte Rechnungen für selbstbeschaffte Prothesen und orthopädische Behelfe von der J.-E.-K. sofort bezahlt werden.

Der Antrag wurde angenommen.

9. Antrag der Ortsgruppen Attnang, Enns, Gaspoltshofen, Wolfern und Leonstein: Der Verbandstag beschließe: Der Zentralverband wird beauftragt, zu fordern, daß bei Aufnahme von Angestellten und Arbeitern in öffentliche Dienste Kriegsbeschädigte in erster Linie berücksichtigt werden. Der beschleunigten Durchführung des J.-B.-G. ist ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Der Antrag wurde angenommen.

10. Antrag der Ortsgruppen Gaspoltshofen, Redl-Zipf und Wolfern: Der Verbandstag beschließe: Der Zentralverband wird beauftragt, die Wiedereinführung der Trafik-Kündigungs- und -Besetzungsverordnung zu fordern.

Der Antrag wurde angenommen.

Der Vorsitzende des Verbandes,

Kamerad Weidinger,

hielt ein tiefschöpfendes Referat über „Die Wirtschaftslage in Oesterreich und die Kriegsopfer", in welchem er die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und sozialer Fürsorge eingehendst, sinnreich und überzeugend darstellte und lebhaften Beifall fand. Sein Referat klang aus in der Aufforderung zur Einigkeit und Zuversicht.

Das Referat bringen wir in der nächsten Nummer unserer „Nachrichten" im Wortlaut zum Abdruck.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Resolution.

Die wirtschaftliche Lage Oesterreichs hat sich seit dem letzten Verbandstage erheblich verschlechtert. Die Folgen dieser Verschlechterung der Wirtschaftslage haben vor allem die breiten Massen des Volkes zu tragen: Sie bestehen in Arbeitslosigkeit, Elend, Hunger und Not.

Ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit hat Tausende ergriffen und zermürbt sie seelisch und körperlich. Die geistige und materielle Not des Volkes ist der Boden für politische Verwirrungen, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise wesentlich beitragen.

Die Opfer des Krieges gehören zu den Leidtragenden dieser verschärften Wirtschaftsnot und dieser politischen Verwirrungen.

Sie fordern deshalb, daß endlich Schluß gemacht werde mit der die Wirtschaft schädigenden Politik und verlangen, daß in dieser Notzeit alle demokratisch gesinnten Menschen zusammenstehen, um die Wirtschaft dieses Landes vor ihrem gänzlichen Verfall zu bewahren; sie verlangen eine Politik des Aufbaues und der friedlichen Auseinandersetzung und sind der Auffassung, daß nur eine solche Politik imstande ist, den hungernden und darbenden Menschen Arbeit und Brot zu geben. Sie ist auch die Voraussetzung für eine gerechte Sozialpolitik und damit einer menschenwürdigen Versorgung der Kriegsopfer.

Die Kriegsopfer halten eine Politik des Friedens nach innen für unbedingt notwendig als Garanten einer friedlichen Entwicklung der Beziehungen der Völker und Staaten untereinander. Sie selbst kämpfen in der „Internationale der Kriegsopfer" für die Völkerversöhnung und -verständigung.

Der Verbandstag erklärt, daß er nach wie vor dafür eintreten wird, seinen Auffassungen zum Siege zu verhelfen.

Der Verbandstag stellt fest, daß die Gesetzgebung für die Kriegsopfer seit geraumer Zeit völlig zum Stillstand gekommen ist, obwohl die Versorgung nicht hinreicht auch nur die Not des Tages zu bannen. In der Erkenntnis der finanziellen Notlage des Staates, sind sich die Opfer des Krieges bewußt, daß momentan eine durchgreifende Reform der Kriegsopferfürsorge-Gesetze nicht zu erreichen ist.

Der Verbandstag als die höchste Instanz der organisierten Kriegsopfer bringt aber zum Ausdruck, daß er an den bekannten Forderungen des Zentralverbandes festhält und für die Durchsetzung dieser den Kampf weiterführen wird.

Was aber ohne Belastung des Staatshaushaltes schon jetzt an Reformen notwendig ist, soll unversäumt in die Wege geleitet werden und die dadurch erzielten Ersparungen den Kriegsopfern zugute kommen.

Im besonderen wendet sich der Verbandstag gegen die Bestrebungen, die ehemaligen hofärarischen Güter, die den Kriegsgeschädigtenfonds bilden und damit den Kriegsopfern gehören, zu entziehen. Der Kriegsgeschädigtenfonds ermöglicht eine verhältnismäßig weitgehende charitative Fürsorge, weshalb die Kriegsopfer mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mittel die erwähnten Bestrebungen bekämpfen werden.

Der Verbandstag erklärt in engster Solidarität mit dem Zentralverband und der Internationale der Kriegsopfer für die Durchsetzung der materiellen und ideellen Forderungen der Kriegsopfer den Kampf zu führen. Er ruft die ganze Oeffentlichkeit auf, die Kriegsopfer nicht zu vergessen und sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Die Wahlen.

Die Wahl in den Verbandsvorstand und Verbandsausschuß hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Landtagsabgeordneter Weidinger Anton, 1. Stellvertreter: Regierungsrat Troschl Franz, 2. Stellvertreter: Gattinger Wilhelm; Kassier: Karl Baumberger, Stellvertreter: Müller-Milborn Fritz; Schriftführer: Hoffmann Rudolf, Stellvertreter: Pürstinger Karl; Beiräte: Oecker Leopold, Karigl Julie; Experten: Höplinger Hans, Sternat Alarich, Oberst i. R., Rannert Therese, weiter die Ausschußmitglieder: Heim Michael, Metzger Käthe, Oberegger Hans, Aichinger Ferdinand, Kleimstein Hans, Hutter Hans, Seyr Hedwig und Stelzer Marie. In die Kontrolle wurden wieder gewählt: Finanzrat Dr. Resch Alfred, Leidl Fritz und Plany Franz.

Zum letzten Punkt der umfangreichen Tagesordnung gelangten noch fünf Anträge zur Behandlung, und zwar:

11. Antrag der Ortsgruppen Enns, Gaspoltshofen und Laakirchen: Der Verbandstag beschließe: Der Zentralverband wird beauftragt, alles daran zu setzen, daß die Fahrtbegünstigung auf den Bundesbahnen auch den Kriegerswitwen und Hinterbliebenen erteilt wird.

Der Antrag wird angenommen.

12. Antrag der Ortsgruppen Gaspoltshofen und Hausruckedt: Der Verbandstag beschließe: Der Zentralverband wird aufgefordert, dahin zu wirken, daß alle bedürftigen Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen mit Bekleidungssorten beteilt werden. Die Wartezeit von einer Beteilung zur anderen soll von drei auf zwei Jahre herabgesetzt werden. Nach viermonatigem Spitalaufenthalt soll jeder Invalide das Recht auf Beteilung mit einem Anzug erwirken.

Der Antrag wird dem Verbandsvorstande zugewiesen.

13. Antrag der Ortsgruppe Enns: Der Verbandstag beschließe: Der Zentralverband wird beauftragt, bei einer Novellierung des Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetzes dahin zu wirken, daß die Renten von der Arbeitslosenunterstützung nicht in Abzug gebracht werden.

Der Antrag wird angenommen.

14. Antrag der Ortsgruppen Laakirchen und Sierning: Der Verbandstag beschließe: Der Zentralverband und Verbandsvorstand werden beauftragt, beim Bund und Land dahin zu wirken, daß die Kriegsbeschädigten, insbesondere die kleinen Gewerbetreibenden, die ein nicht einkommensteuerpflichtiges Einkommen haben, auch von allen sonstigen Steuern und Abgaben befreit werden.

Der Antrag wird dem Verbandsvorstande zugewiesen.